



Antrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Flächendeckende Anlaufstellen für Ehrenamtliche im Asylbereich schaffen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, flächendeckend, das heißt in allen Landkreisen und kreisfreien Städten, Anlaufstellen zur besseren Unterstützung der Ehrenamtlichen im Asylbereich zu schaffen. Dabei sind die bestehenden Koordinierungszentren Bürgerschaftliches Engagement und Freiwilligenagenturen entsprechend zu stärken bzw. zu berücksichtigen. Mit der Umsetzung dieser Vorgabe ist sofort zu beginnen und entsprechende Mittel von 2 Mio. Euro zur Verfügung zu stellen.

Begründung:

Der Sozialausschuss beschloss am 23. April 2015, solche Anlaufstellen im Rahmen der vorhandenen Strukturen zu schaffen und die Staatsregierung möchte aber erst im kommenden Jahr (laut SZ vom 4. Juli 2015) dafür mindestens 500.000 Euro zur Verfügung stellen. Laut Staatsministerin Müller wurden im ersten Halbjahr 2015 bereits 36.000 Asylbewerber untergebracht, allein im Juni 2015 waren es 8.700. Laut Staatsministerin Müller liegen aber die zugangsstärksten Monate noch „vor uns“. Daher ist es wichtig und zielführend, bereits jetzt mit der flächendeckenden Einrichtung dieser Anlaufstellen zu beginnen. Durch die Zunahme der Asylbewerber in Bayern müssen die Kommunen diese schwierige Situation bewältigen, doch sie fühlen sich oft im Stich gelassen. Ohne die vielen ehrenamtlichen Helfer wäre das System schon längst zusammengebrochen. Aus diesem Grund ist wichtig und notwendig, neben vielen anderen Maßnahmen (z.B. schnellere Bearbeitung der Asylanträge) auch flächendeckend Anlaufstellen für Asyl-Helfer zu schaffen. Die Staatsregierung möchte zwar auch solche Anlaufstellen schaffen, spricht aber nicht von einer flächendeckenden Verbreitung, was aber auch zur Unterstützung der Kommunen unerlässlich ist. Die Mittel müssen auch schon im Jahre 2015 abgerufen werden können.